

## Zukunft des Strandbadbereichs beraten

# Stadt hat keine Mittel für die nötigen Planungen

## Fördermittel für B-Plan seit Jahren abgelehnt

Angermünde (kk) Die weitere Entwicklung des Naherholungsgebietes am Wolletzsee beschäftigte kürzlich den Haupt- und Finanzausschuß der SVV. Die CDU-Fraktion hatte im November beantragt, die grundsätzliche und zukünftige Nutzung in öffentlicher Sitzung dieses Ausschusses zu beraten. Die Verwaltung hatte dazu jetzt einen Sachstandsbericht vorgelegt.

Daraus geht u. a. hervor, daß laut bestehendem Flächennutzungsplan das Strandbad auch künftig als Freibad und Grünfläche bestehen bleiben soll. Der Schäferberg war als Zeltplatz und Grünfläche vorgesehen. Die Halbinsel soll durch die Umverlegung in die Waldkante am hinteren Teil des Strandbades wieder zu einer Grünfläche gestaltet werden.

Für den Bereich Halbinsel/Parkplatz/Strandbad/Wald hatte die SVV am 27. August den Beschluß für Erarbeitung eines Bebauungsplans gefaßt. Dieser ist aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht erarbeitet worden. Finanzdezernent Norbert Stein, der die Hauptausschußsitzung in Vertretung des Bürgermeisters leitete, sprach von einer unbefriedigenden Situation. „Die Aufstellung eines Bebauungsplanes ist mit eigenen Mitteln durch die Stadt nicht zu realisieren“, sagte er. Baudezernent Köhler bestätigte, daß es zur Zeit keine Handhabe gäbe, an der Situation in diesem Bereich etwas zu verändern. „Ein Bebauungsplan mit dazu-

gehörigem Grünordnungsplan wäre dafür die Voraussetzung. Seit Jahren wird eine beantragte Förderung abgelehnt. Ehe ein solcher Flächennutzungsplan fertig ist, vergehen zwei Jahre.“

Der Ausschuß wurde darüber informiert, daß die Veränderung des Flächennutzungsplanes durch die Stadt angestrebt wird. In diesem Prozeß käme die gesamte Problematik noch einmal auf den Tisch der Abgeordneten.

Im Endeffekt bedeutet das, vorerst wird es keine gravierenden Änderungen im Naherholungsgebiet am Strandbad geben. Die Umlagerung des Campingplatzes mit einer geplanten Kapazität von 300 Standplätzen bleibt weiterhin das Ziel. In den Fraktionen wird über die Zukunft dieses Bereiches jetzt weiter diskutiert. Die Stadt hat auch für 1999 Fördermittel für die Aufstellung eines Bebauungsplanes beantragt.

Ungeduldig zeigte sich Rainer Schulz (CDU): „Irgendwann muß eine Entscheidung getroffen werden.“ Wenn in rund 30 Jahren der Rückbau am Uferstreifen verlangt wird, hätten die Pächter einen Anspruch auf Gewißheit über die Zukunft. Auch die Gewerbetreibenden, so ergänzte Norbert Saweliev (PDS), brauchen Sicherheit für mögliche Investitionen.

Vorausschauende Maßnahmen, meinte Klaus Schreiber (FWG), sollten deshalb in finanziell möglichem Rahmen durchgeführt werden.